Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 30 (1950-1951)
Heft: 4

Artikel: Regimewechsel in der Türkei
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-159850

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

REGIMEWECHSEL IN DER TÜRKEI

Man schreibt uns aus Ankara:

Mehr als 26 Jahre sind die Geschicke der türkischen Republik von einer einzigen Partei, der *Volkspartei,* gelenkt worden. Wenn auch formal Demokratie herrschte, so besaß diese Partei doch faktisch ein *Machtmonopol,* dessen Ausnutzung zwar nicht im Sinne einer totalitären Diktatur erfolgte, aber zu einer Regierungsform führte, die man als eine Art *«aufgeklärten Absolutismus»* bezeichnen konnte. Abgesehen von einem Zwischenspiel vor etwa zwanzig Jahren, als der Gründer des neuen Staates, *Atatürk,* einer Oppositionspartei unter Führung seines Mitarbeiter und Freundes *Fethi Okyars* sich zu bilden gestattete, um sie jedoch nach kurzer Zeit wieder fallen zu lassen, hat es bis vor fünf Jahren in der Türkei keine Opposition gegeben. Dann aber veranlaßte die mit Kriegsende sich aufdrängende stärkere politische und wirtschaftliche Annäherung an die angelsächsischen Demokratien den damaligen Staatschef *Ismet Inönü,* die an sich schon früher rechtlich-theoretisch mögliche *Bildung neuer Parteien* auch praktisch zuzulassen. Von diesen, etwa ein halbes Dutzend an der Zahl, gelang es nur einer, der *Demokratischen Partei,* sich als tragfähiges politisches Gebilde zu konstituieren. Zu ihren Gründern gehörte eine Reihe von Männern, die überwiegend früher der Volkspartei angehört, sich von dieser aber bereits während des Krieges aus sachlichen oder persönlichen Gründen getrennt hatten. Unbestrittener Parteiführer war *Celal Bayar,* der zur Zeit *Atatürks* unter der Ministerpräsidentschaft *Inönüs* sich als Wirtschaftsminister einen guten Namen gemacht hatte und in der kurzen Zeit, da *Inönü* aus der aktiven Politik ausgeschieden war, bis zu *Atatürks* Tode 1939 Regierungschef war.

Obwohl die Demokraten es nicht leicht hatten, in kurzer Frist — namentlich in Anatolien — eine leistungsfähige Parteiorganisation zu errichten und ihnen in den ersten Jahren innerhalb und außerhalb der eigenen Reihen Widerstände erwuchsen, die zu gewissen Spaltungserscheinungen führten, verstand es *Bayar*, Schritt für Schritt die Organisation zu kräftigen und der neuen Partei eine langsam, aber stetig wachsende Anhängerschaft im Lande zu verschaffen. Wie stark die Opposition in Wirklichkeit war, ließ sich allerdings nicht genau feststellen, denn die im Besitz der gesamten politischen und polizeilich-militärischen Machtmittel befindliche volksparteiliche Regierung, die den Übergang zur echten realen Demokratie mindestens anfänglich kaum ernsthaft wünschte, legte der Tätigkeit der Demokraten erhebliche Schwierigkeiten in den Weg und scheute bei den Parla-

mentswahlen des Jahres 1945 auch vor der Anwendung ungesetzlicher Mittel nicht zurück. Diese Wahlen, in deren Gefolge die gesamten Oppositionsparteien nur ein paar Dutzend Sitze zu erringen vermochten, wurden von Anfang an seitens der Opposition als ungesetzlich bezeichnet, und um zu bekunden, daß sie Durchführung und Ergebnis der Wahlen als nicht rechtmäßig ansahen, hielten die demokratischen Abgeordneten bis zum Schluß daran fest, sich beim Erscheinen des Staatspräsidenten ostentativ nicht von ihren Sitzen zu erheben.

Obwohl nun aber die Opposition im Parlament nur über eine nicht ins Gewicht fallende Minderheit verfügte, zwang ihre beharrliche Tätigkeit und Beeinflussung der öffentlichen Meinung — in den letzten Jahren verfügte die herrschende Volkspartei über keine große unabhängige Zeitung im Lande mehr — die Regierung immer mehr, gewissen grundsätzlichen Forderungen der Demokraten Rechnung zu tragen. So erfolgte schließlich eine Aufhebung des (zu Beginn des Krieges eingeführten) Belagerungszustandes, eine Revision des Presserechtes und namentlich die Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes, das erstmals eine wirksame Garantie für die Durchführung echt demokratischer, freier und geheimer Wahlen schuf.

Diese seit etwa anderthalb Jahren sich abzeichnende Wendung der Innenpolitik wurde von *Inönü* selbst, gegen den heftigen Widerstand des radikalen Flügels seiner eigenen Partei, inauguriert und von dem letzten Kabinett *Semsettin Günaltay,* insbesondere von dessen stellvertretendem Ministerpräsidenten, dem jungen Völkerrechtsprofessor *Nihat Erim,* in loyaler Weise durchgeführt. Wenn aber die führenden Köpfe der Volkspartei geglaubt hatten, ihre Stellung durch elastisches Nachgeben aufrecht erhalten zu können, so hat der nicht nur sie, sondern auch die Opposition selbst *überraschende Ausfall der jüngsten Wahlen vom 14. Mai* gezeigt, daß sie sich über die wahre Stimmung der Bevölkerung Illusionen hingegeben hatten.

Diese Wahlen, die ersten wahrhaft freien demokratischen, die seit dem Bestehen der Türkei überhaupt je in diesem Lande durchgeführt wurden, stellten in der Tat eine Art unblutiger, demokratischer Revolution dar. Von rund 480 Sitzen im neuen Parlament fielen der Volkspartei 69, der Nationalpartei 1 zu, so daß — selbst nach Abzug von 7 «Unabhängigen» — der Demokratischen Partei mit über 400 Sitzen eine überwältigende Mehrheit im Parlament gesichert ist.

Die «Machtübergabe» vollzog sich in denkbar ruhigen und würdigen Formen. Am 22. Mai trat der neugewählte Reichstag erstmalig zusammen; er wählte den 63jährigen Führer der Demokratischen Partei, *Celal Bayar,* an Stelle *Inönüs* zum Staatspräsidenten, und *Bayar* ernannte einen seiner engsten Mitarbeiter, *Adnan Menderes,* zum Ministerpräsidenten. Noch am gleichen Tage wurde die Minister-

liste bekanntgegeben, die fast ausschließlich «neue Männer» vorsieht (die einzige Ausnahme betrifft das Verteidigungsministerium, das mit *Refik Ince* besetzt wurde, einem bekannten Juristen, der vor dem Kriege einmal als Innenminister tätig war). Aber wenn auch die Minister keine Regierungserfahrung besitzen, so sind sie doch überwiegend erprobte Fach- und Verwaltungsleute. Das gilt etwa für den Finanz- und den Erziehungsminister, die schon bisher in hohen Positionen in den betreffenden Ministerien tätig waren, ferner für das mit einem Professor der medizinischen Fakultät Istanbul besetzte Gesundheitsministerium, das Ministerium für Staatsbetriebe, das von Prof. *Muhlis Ete,* einem bekannten Volkswirtschafter, der in leitender Stellung in der zuständigen staatlichen Kontrollkommission gearbeitet hat, sowie das Justizministerium, das *Halil Özyörük* anvertraut wurde, der bis vor kurzem Reichsgerichtspräsident war. Die auswärtigen Angelegenheiten werden von Prof. *Fuat Köprülü* geleitet werden, einem einer der ältesten Familien des Landes angehörenden Orientalisten, der auf Grund seiner hervorragenden Veröffentlichungen von mehreren deutschen und französischen Universitäten zum Ehrendoktor ernannt wurde. Der 52jährige Ministerpräsident *Menderes* schließlich ist von Haus aus Grundbesitzer. Er war im letzten Parlament Mitglied des Haushaltausschusses und hat als solches wiederholt in wirtschafts- und namentlich finanzpolitischen Diskussionen den Wortführer der Opposition gemacht.

Es dürfte bezeichnend sein, daß der neue Regierungschef ebenso wie der jetzige Staatspräsident, der seinerzeit von der Banklaufbahn her den Weg in die hohe Politik fand, *in erster Linie wirtschaftlich orientiert und interessiert* ist — ein Novum in der türkischen Politik, in der bislang die leitenden Posten weitgehend ehemaligen Generalen anvertraut waren. In der Tat ist es das Gebiet der Wirtschaftspolitik i. w. S., auf dem der neue Kurs sich am stärksten bemerkbar machen dürfte, ist es doch in erster Linie die Unzufriedenheit mit dem Staatskapitalismus der Volkspartei und deren Unfähigkeit gewesen, eine befriedigende Lösung der finanz- und wirtschaftspolitischen Probleme zu finden, die zu dem Wahlsieg der Demokraten geführt hat. Daneben wird eine Reihe von innenpolitischen Maßnahmen ergriffen werden, die zur Verwirklichung echter Demokratie erforderlich erscheinen, wie unbeschränkte Pressefreiheit, Anerkennung des Streikrechts usw.

In dem *Regierungsprogramm,* mit dem sich das Kabinett *Menderes* am 29. Mai dem neuen Parlament präsentierte und auf Grund dessen es wenige Tage später ein Vertrauensvotum erhielt, nehmen aus den angedeuteten Gründen wirtschaftliche, soziale und finanzielle Fragen bei weitem den meisten Raum ein; zieht man realistischerweise das ab, was eine neue Regierung schon auf Grund ihrer Wahl-

versprechungen in ihrem Programm positiv oder kritisch zu sagen gehalten ist, so ergibt sich, daß der *Hauptunterschied gegenüber der bisherigen Politik* einmal in der *Zurückdrängung von Staatsindustrialismus und -monopolismus,* zum andern in der als vordringliche Aufgabe angesehenen stärkeren *Förderung der heimischen Landwirtschaft* liegen wird. Es steht zu vermuten, daß mindestens einzelne bisher von der öffentlichen Hand verwaltete Unternehmungen allmählich in private Hände übergehen, gewisse Monopolverwaltungszweige als solche aufgehoben werden, daß der privaten Schiffahrt größere Bewegungsfreiheit gegeben und der Versuch gemacht werden wird, durch eine Rationalisierung der Verwaltung sowie sonstige Sparmaßnahmen den Staatshaushalt auf eine solidere Basis zu stellen. Die in diesem Zusammenhang gebrauchten Formeln sind typisch *liberal,* und man darf gespannt darauf sein, inwieweit das türkische Unternehmertum, das ja erst seit einem Menschenalter allmählich in Erscheinung getreten ist, von den ihm nunmehr gebotenen Chancen einen fruchtbaren Gebrauch zu machen wissen wird.

Daß hinsichtlich der *Außenpolitik* keine Änderungen erfolgen werden, stand von vorneherein zu erwarten, und es ist lediglich eine Bekräftigung des schon von der früheren Opposition eingenommenen Standpunktes, wenn es in der Erklärung der neuen Regierung heißt, die türkische Außenpolitik sei «der Ausdruck nicht irgendeiner Partei, sondern der gemeinsamen Anschauung der gesamten Nation». Demgemäß wird Wert auf den *weiteren Ausbau der* freundschaftlichen, z. T. in formellen Bündnissen festgelegten *Beziehungen zu den angelsächsischen Staaten und zu Frankreich* besonderer Nachdruck gelegt, während auf Rußland (und: Deutschland) nicht Bezug genommen wird. Eine neue Note mag man allenfalls darin erblicken, daß sowohl in der Regierungserklärung als auch in einem Pressecommuniqué des neuen Außenministers hervorgehoben wird, man wolle zu den *Ländern des Nahen Ostens* engere Beziehungen als bisher unterhalten und an der Wiederherstellung ruhiger politischer Verhältnisse in diesen Ländern mitarbeiten.

Wenn auch dank dem Wahlverfahren — ähnlich wie in England — die Parlamentsmehrheit der Demokraten weit stärker ist als die Stimmenmehrheit, mit der sie an die Macht gelangten, so kann doch kein Zweifel darüber herrschen, daß nahezu zwei Drittel der Wähler (bei einer Wahlbeteiligung von über 88 %!) sich für den Kurswechsel ausgesprochen haben. Die ruhigen Formen, in denen dieser sich vollzog, bewiesen, daß die türkische Republik trotz des Mangels solcher Tradition sich erstaunlich gut und schnell der Gepflogenheiten echter parlamentarischer Demokratie anzupassen verstanden hat und daß das Werk *Atatürks* zum Wohle des Landes und der ganzen westlichen Welt festgegründet dasteht.